

Eine Baselbieterin macht Europa-Politik

Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter tritt im Europarat in die Fussstapfen von alt Ständerat René Rhinow

Von Kurt Tschan

Strassburg. Das Wetter an diesem Tag in Strassburg zeigt alle Facetten meteorologischer Spezifikationen: Mal regnet es, dann scheint die Sonne. Elisabeth Schneider-Schneiter, seit November 2010 Nationalrätin des Kantons Basel-Stadt, bewegt sich selbstbewusst und leichtfüssig durch den Palais de l'Europe, den Europapalast, der als Sitz des Europarates dient. Sie trifft sich hier zu einem kurzen Schwatz mit dem holländischen Abgeordneten Klaas de Vries und unterhält sich dort mit dem Deutschen Joachim Hörster. Schneider-Schneiter ist eine Frau, die direkt auf die Menschen zugeht und durchaus die Fähigkeit hat, sie für sich zu gewinnen.

Der Europapalast ist deutlich weniger pompös, als es sein Name vermuten lässt. Die Teppiche sind in die Jahre gekommen, an den Übergängen hat sich der Leim gelöst. Wie alle übrigen 47 Staaten hat auch die Schweizer Parlamentariergruppe einen eigenen Rückzugsbereich. Und wie für alle anderen Beitrittsländer auch ist der Platz eng. Der Freiburger Ständerat Urs Schwaller studiert Akten an einem Tisch, der zur Fensterfront geht, ehe er für sein iPad eine Wireless-Verbindung sucht.

Der junge Neuenburger Ständerat Raphaël Comte von der freisinnig-liberalen Fraktion hat es sich auf dem dunklen Ledersofa gemütlich gemacht und bearbeitet SMS- und E-Mail-Anfragen. Die Genfer Ständerätin Liliane Maury Pasquier eilt mit einem Stoss Akten aus ihrem kleinen Büro, das ihr als Präsidentin der Schweizer Parlamentarierdelegation zusteht, und macht sich auf in den Parlamentsaal, der in seiner Form an eine riesige Muschel erinnert.

Ein langer Arbeitstag

13 Jahre ist es her, dass der letzte Baselbieter Politiker in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mitwirkte. Der Freisinnige René Rhinow hatte sich ebenso der Aussenpolitik verschrieben wie Schneider-Schneiter, die aber zugibt, dass dem Schicksal manchmal von höherer Warte nachgeholfen werde. Neulinge in Bundesbern können selten mitbestimmen, in welchen Kommissionen sie mitarbeiten möchten. Neben der Bildung und der Wirtschaft bezeichnet sie die Aussenpolitik aber durchaus als ihr Steckenpferd. «Damit

könne man zwar im Inland nicht glänzen. Die Arbeit sei aber wichtig und interessant.

Die 48-jährige Biel-Benkemerin mit familiären Wurzeln in Hofstetten führt ihren Job in Strassburg aber nicht nur aus Leidenschaft und Überzeugung aus. «Ich bin auch ehrgeizig», sagt sie, die abwechselnd in Deutsch, Französisch oder Englisch Vertreterinnen und Vertreter anderer Staaten in den engen und langen Gängen der Parlaments-Katakomben begrüsst oder sich mit Angestellten des Europarates unterhält. «Die Arbeit in Strassburg beginnt morgens um acht und endet abends um sieben Uhr. Anschliessend geht es ins Hotel. Vor dem Schlafengehen werden Akten studiert und Anfragen beantwortet.

Obwohl die Versammlung nicht weniger als 636 Mitglieder oder Stellvertreter zählt, geht es an diesem Morgen an der Avenue de l'Europe ruhig zu. «Ich schätze die Disziplin, die hier herrscht», sagt Schneider-Schneiter, die zum häufig lauten Parlamentsbetrieb in Bern durchaus ein gespaltenes Verhältnis hat. «Es besteht dadurch die Gefahr, dass der Respekt vor denen, die am Rednerpult stehen, verloren geht», sagt sie.

Über Strassburg tobt in der Mittagszeit ein heftiges Gewitter. Schneider-Schneiter hat sich für ein kurzes Essen zurückgezogen, während der Parlamentsbetrieb ruht.

Lobby-Arbeit für die Schweiz

Es ist die zweite Arbeitswoche für die CVP-Nationalrätin in Strassburg, die im Nationalrat der Aussenpolitischen Kommission angehört. Obwohl die Schweiz nur über sechs Sitze verfügt, umfasst die Delegation zwölf National- und Ständeräte. Heute ist Schneider-Schneiter Ersatz. Eine Rolle, die der Politikerin hilft, Hintergrundarbeit zu leisten, Dossiers zu studieren und neue Kontakte zu knüpfen.

Pro Sitzungstag erhält sie ein Taggeld von 425 Schweizer Franken sowie für Reise, Essen und Übernachtung eine Pauschale von weiteren 370 Franken. «Reich wird man in der Politik nicht», stellt Schneider-Schneiter fest, die es 2011 als Politprofi auf ein steuerbares Einkommen von 65 000 Franken brachte. Sie, die fleissig sei und seriös arbeite, vergleicht ihren Arbeitsaufwand in Bern und Strassburg mit einem 80-Prozent-Pensum. «Mir ist es schleierhaft, wie



Staatsmännisch. Elisabeth Schneider-Schneiter will die Interessen der Schweiz im Europarat wieder vermehrt auf bürgerliche Werte ausrichten. Fotos Kurt Tschan



Am Ball. Schneider-Schneiter mit Joachim Hörster aus Deutschland.



Frauen-Power. Schneider-Schneiter im Gespräch mit Liliane Maury Pasquier.

männliche Kollegen zu ihrer parlamentarischen Tätigkeit ohne Qualitätsverlust noch eine andere hauptberufliche Tätigkeit ausüben wollen», sagt die frühere Verwalterin von Biel-Benken, die von sich sagt: «Ich arbeite speditiv.»

Mehr bürgerliche Positionen

Neben der Wahl eines Richters für den Europäischen Gerichtshof geht es an diesem Morgen in Strassburg um die Frage, wer dafür verantwortlich war, dass im März vor einem Jahr 63 von 72 Bootsflüchtlingen aus Libyen auf offener See starben. Neben nordafrikanischen Staaten stehen auch Malta, Spanien und Italien am Pranger. Zeit, sich ausführlich zur Wehr zu setzen, bleibt den Rednern nicht. Nach drei Minuten ist ihre Redezeit abgelaufen. Die Ziffern der Uhr auf den Bildschirmen im Parlamentsaal wechseln unerbittlich von Grün auf Rot. Schneider-Schneiter wirft von der Zuschauertribüne einen Blick auf den grossen Saal, zeigt auf den Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross, der die sozialistische Fraktion des Europarates präsidiert. Gross habe in den vergangenen Jahre viel Zeit in seine Arbeit in Strassburg investiert. Dies sei löblich. Nun aber gelte es, vermehrt bürgerliche Akzente zu setzen, sagt sie.

Handlungsbedarf ist durchaus gegeben. Am Mittwoch wurde der Korruption im Sport der Kampf angesagt. Der in Zürich domizilierte Weltfussballverband wurde aufgefordert, mehr gegen kriminelle Machenschaften zu tun und getürkte Wetten stärker zu bekämpfen. Am Freitag war Bankentag im Europarat. Die Staatengemeinschaft verliere jährlich Milliarden wegen Schlupflöchern in anderen Ländern, lautet der Vorwurf. Es sei nötig, Offshore-Staaten stärker unter die Lupe zu nehmen und in den Europarats-Staaten ein einheitliches Steuersystem durchzusetzen.

Die Arbeit sei vielfältig und wichtig, sagt die 48-Jährige. Wichtig sei es, vorausschauend die Interessen des Landes in Europa wahrzunehmen und neben sozialen auch wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. «Wer nicht aufpasst, kann rasch von der Wirklichkeit eingeholt werden», sagt sie. Zwar würden in der Versammlung vor allem Resolutionen verabschiedet. Schon viele davon seien aber inzwischen in der Schweiz Gesetz, sagt sie, steht auf und macht sich wieder an die Arbeit.

«Die Distanz ist grösser als die reine Wegstrecke»

Elisabeth Schneider-Schneiter will im Europarat Akzente setzen und nationales Profil zeigen

Von Kurt Tschan

Strassburg. Nicht nur Europa befindet sich im Umbruch, sondern auch die Region, sagt CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Sie ist davon überzeugt, dass die Nordwestschweiz in 100 Jahren ein deutlich anderes Gesicht als heute haben wird.

BaZ: Die CVP hat Geburtstag. Sie wird 100 Jahre alt. Wird die Partei in 100 Jahren wieder Geburtstag feiern können?

Elisabeth Schneider-Schneiter: Die CVP mit ihrer heutigen inhaltlichen Ausrichtung und ihrem christlichen Hintergrund wird es auch noch in 100 Jahren geben. Ich will aber nicht ausschliessen, dass sich der Name der Partei ändert oder dass sie sich mit anderen Mitte-Parteien zusammenschliesst.

Das grosse C wird sich aber wohl kaum halten können?

Kann sein, dass das grosse C aus dem Namen verschwinden wird. Es wäre aber gut, wenn daraus ein Name resultieren würde, der diesem C ziemlich nahekommt – etwa Zentrumspar-tei der Schweiz oder Bürgerliche Zentrumspar-tei. Für mich ist nämlich eines klar: Die CVP wird auch in Zukunft als bürgerliche Mitte-Partei fest verankert sein.

Mit welchen Fusionspartnern?

Ich kann mir vorstellen, dass eine BDP gut zu einer solchen Zentrumspar-tei passen würde. Auch die Grünliberalen sind ein potenzieller Partner. Voraussetzung ist, dass sie ihre wirt-

schaftspolitischen Leitplanken nicht zugunsten linker Ideologien aufgeben. Im Zentrum sehe ich zudem die EVP.

Geht der Trend nicht eher in Richtung Radikalisierung in der Politik?

In zehn bis 20 Jahren werden wir in der Mitte so stark sein, um unheilige Allianzen von links und rechts überstimmen zu können.

«In 100 Jahren wird die Zahl der Gemeinden um die Hälfte geschrumpft sein.»

Liegen die wahren Grundpositionen der Politik nicht links oder rechts? Gibt es die Mitte überhaupt?

Und wie. Hier nistet sich primär kein ideologisches Gedankengut ein, sondern Sachpolitik. Hier werden die extremen Positionen in eine vertragliche Form gepasst. Wenn Sie so wollen, findet in der Mitte die wahre Schweiz statt, weil die Schweiz schon immer viel Wert auf Kompromisse und ein gutes Miteinander gelegt hat.

Wenn es keine Mitte geben würde, wo würden Sie sich positionieren?

Ich stamme aus einer wertkonservativen Bauernfamilie. Zu Hause wurde viel gearbeitet, aber auch ein guter Familiengeist gepflegt. Viele SVP-Politiker sind überrascht, dass ich bei Landwirtschaftsvorlagen mit ihnen stimme. Freiheit ohne soziale Verantwortung ist aber nicht möglich. Ich

ordne mich deshalb dem links-bürgerlichen Lager zu.

Ihre Bundesrätin Doris Leuthard sagt, die Partei sei zu wenig plakativ. Ist die CVP zu kompliziert?

Leider ist es so, dass sich das Extreme eher für eine billige Schlagzeile eignet. Um Sachpolitik zu verstehen, muss man aber schon den ganzen Artikel lesen. Aber auch bei uns gibt es Ausnahmen: Wir sagen kurz und bündig Ja zum Atomausstieg.

Im Wahlkampf 2011 wurden Sie eher unsanft nach links gedrückt. Macht bürgerliche Politik so noch Spass?

Ich gehe meinen Weg. Nicht mehr und nicht weniger. Sie können aber sicher sein, dass ich eine bürgerliche Politikerin mit klaren Vorstellungen bin. Nicht allen passt ein eigenständiges Profil...

... vor allem wenn es an das Eingemachte geht...

... Natürlich. Ich stehe ein für die Wiedervereinigung der beiden Basel. Ich befürworte Gemeindefusionen und effektive Kooperationen mit den übrigen Nordwestschweizer Kantonen. Nur so werden wir in der Lage sein, unsere Interessen in Bundesbern substantiell und nachhaltig umzusetzen. Themen, die in Baselland vor allem die Linksparteien besetzen.

Leider. In anderen Kantonen ist dies nämlich anders. Es gibt Kantone, wo sich die FDP das Thema Gemeindefusionen aufs Banner geschrieben hat. Effizienzsteigerung oder Abbau von Bürokratie sollten auch in Baselland nicht den Linken überlassen werden.

Sollten Gebietsreformen an der Kantons-grenze aufhören?

Keinesfalls. Gerade in der Nordwestschweiz sind Gebietsreformen sogar dringend notwendig. In 100 Jahren werden wir in der Nordwestschweiz nicht mehr die Grenzen von heute haben. Die beiden Basel werden wieder vereinigt, die Zahl der Gemeinden um die Hälfte geschrumpft sein. Alles andere können wir uns schlicht nicht mehr leisten.

Wie ist ihr Verhältnis zur Wirtschaftskammer Baselland?

In Fragen der Finanzen und des Standortmarketings haben wir keine Differenzen. Wenn es um Gebietsreformen geht, stelle ich fest, dass die Wirtschaftskammer wie das Oberbaselbiet funktioniert und abklemmt.

Man könnte also die These aufstellen, dass Basel die Schnittstelle zwischen dem oberen und dem unteren Baselbiet ist?

So sollte es sein. In der Tat habe ich zu Liestal eine andere Beziehung, weil ich im Leimental aufgewachsen bin. Für jemanden, der aus Sissach stammt, dürfte dies anders sein. Klar ist aber: Wir können den Weg der Wiedervereinigung nur gemeinsam gehen.

Wie sehen Sie den weiteren Weg der Schweiz zur EU?

Die Distanz ist grösser als die reine Wegstrecke. Der Schweizer EU-Beitritt ist überhaupt kein Thema. Das liegt vor allem daran, weil die EU in den letzten Jahren keinen guten Eindruck hinterlassen hat. Die Wäh-

lungskrise ist ein Zeichen für die vielen Fehler, die passiert sind. Ich setze auf den bilateralen Weg und darauf, dass wir gegenüber Europa möglichst viel herausholen. Ich empfinde keineswegs eine uneigennützig Gebermentalität und lasse mich auch bei den heissen Eisen wie bei der Besteuerung oder der Migration nicht unter Druck setzen.

ANZEIGE

academia
International School (ais)

Englisch

Gymnasium

Der direkte Weg an die Uni in der Schweiz und an renommierte Universitäten weltweit

Schiffände 3
4051 Basel Telefon 061 260 20 20
www.academia-international.ch